

Entwicklungspolitisches
Netzwerk Hessen e.V.
Vilbeler Straße 36
60313 Frankfurt

Wiesbaden, 12. Dezember 2007
Db-DP-ir

**Wahlprüfsteine des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen
Ihr Schreiben vom 14.11.2007**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erhalten die Beantwortung auf Ihre Fragen zum o.a. Schreiben, wie folgt:

Frage 1:

Unterstützen Sie die Forderung nach struktureller Förderung der Aktivitäten des EPN Hessen e.V. ?

Antwort FDP:

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen ist unabhängig von der Landesregierung. Einer Projektfinanzierung durch Landesmittel stehen wir offen gegenüber.

Frage 2a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Haushaltsmittel für die Bildungs- und Projektzusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) auf mindestens den Betrag wie im Haushalt 2003 (534.000 EUR) anzuheben?

Antwort FDP:

Der Beitrag des Landes Hessen für die Bildungs- und Projektzusammenarbeit ist unter Berücksichtigung der Einrichtung im Ausbildungszentrum Groß-Gerau bereits heute

deutlich höher als der Betrag von 534.000 €. Gleichwohl wird sich die FDP dafür einsetzen, dass in den künftigen Landeshaushalten die für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit relevanten Förderpositionen stabilisiert werden.

Frage 2b:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des Bruttosozialprodukts für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

Antwort FDP:

Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass zwischen Bund, Ländern und Kommunen verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, wer auf welchen entwicklungspolitischen Feldern in welchem Umfang tätig wird. Ein unkoordiniertes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen wird von der FDP nicht unterstützt.

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, den entwicklungspolitischen Schwerpunkt in der Projektförderung des Landes Hessen auf den Bereich „Armutsbekämpfung“ zu verlagern bzw. um diesen zu ergänzen?

Antwort FDP:

Die Armutsbekämpfung muss nach Auffassung der FDP der Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sein. Die FDP teilt dabei den entwicklungspolitischen Ansatz, den das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik im Rahmen der Länderperspektivkonferenz Entwicklungszusammenarbeit bereits im April 2005 in Wiesbaden formuliert hat: „Wirtschaftswachstum ist **der** zentrale Hebel für die Armutsbekämpfung.“ Außenwirtschaftliche Aktivitäten sind mit Maßnahmen der Armutsbekämpfung zu koordinieren.

Frage 4:

Unterstützen Sie die Forderung, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, sowie in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes stärker entwicklungspolitische Themen aufzunehmen?

Antwort FDP:

Im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule sollen die Schulen die Behandlung der Thematik in Projektarbeiten bzw. in Ganztagsangeboten selbständig einbauen können. Entwicklungspolitische Themen in der Aus- und Fortbildungsplänen der

Fachhochschulen für Angehörige des öffentlichen Dienstes bilden einen Bereich der Aus- und Weiterbildung.

Frage 5:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirats in Hessen?

Antwort FDP:

Die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirats könnte zur Verbesserung der Transparenz der Aktivitäten der Landesregierung beitragen und würde ggf. auch Anregungen und Initiativen aus dem Kreis der NROs stärker in ihrer Arbeit einfließen lassen können.

Frage 6a)

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindeordnung so zu ändern, dass

a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingerichtet wird?

b) kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden?

Antwort FDP:

Die FDP begrüßt, vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverantwortung, auch das kommunale Engagement im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Sie hält aber eine Zwangsverpflichtung der Kommunen über die Änderung der Gemeindeordnung für nicht zielführend. Dies liegt im Verantwortungsbereich der Kommunen.

Frage 6b

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21 – Prozess durch die Landesregierung in Hessen und in den hessischen Kommunen gefördert wird?

Antwort FDP:

Der Agenda 21-Prozess ist ein kommunales Anliegen. Der Aspekt des Entwicklungsprozesses mit dem Anliegen wie der sozialen Gerechtigkeit, dem ökonomischen Wohlstand und der globalen Verantwortung wird von der FDP weiterhin unterstützt.

Frage 7:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge sich aktiv dafür einsetzen, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren einzukaufen und einzusetzen?

Antwort FDP:

Die FDP unterstützt faire Handelsbedingungen für Entwicklungsländer. Fair Trade Produkte weisen darauf hin, dass auf diesem Feld noch erheblicher Nahholbedarf besteht. Derzeit gibt es keine allgemeinen rechtlichen Vorgaben, die soziale Mindeststandards wie sie im Sinne des Fair Trade für die Vergabeverfahren etc. festlegen. In den Ausschreibungsverfahren können heute bereits Einschränkungen dahingehend vorgenommen werden, dass z.B. nur Produkte angenommen werden, die ohne ausbeuterische Arbeiten im Sinne der ILO-Konvention 182 entstanden sind.

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN an die die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. Mitzutragen?

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel
- b. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion
- c. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“: Umstrukturierung von WTO, IWF, Weltbank und G8 zu demokratisch kontrollierten Institutionen
- d. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten
- e. Verzicht auf Rüstungsexporte in Länder, die diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten

Antwort FDP:

Die FDP unterstützt alle Maßnahmen, die zu fairen Handelsbedingungen insgesamt beitragen. Die FDP wird allerdings keine wirkungslosen „Schaufenster-Initiativen“ unterstützen. Die FDP wird in ihrer Regierungsverantwortung dort Ressourcen einsetzen, wo sie Wirkung entfalten können. Bei aller Bedeutung des Landes Hessen würde sich das Land mit Initiativen zur Umstrukturierung des IWF, der Weltbank und der WTO übernehmen, dies fällt in den Wirkungskreis des Bundes.

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge

- a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz und Armutsbekämpfung verbinden, z.B. durch die Förderung von erneuerbaren Energien?
- b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit über die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

Antwort FDP:

Im Rahmen von PPP-Projekten können die Themenfelder Klimaschutz und regenerative Energiequellen künftig zu einem Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Hessischen Landesregierung entwickelt werden. Im Rahmen der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit kann die Information über derartige Projekte deutlich verbessert werden.

Frage 10a:

Hessen ist - wie die BRD - ein Einwanderungsland. Migration stellt dabei einen Aspekt jener globalisierten Weltgesellschaft dar, an der die hessische Wirtschaft und Gesellschaft partizipieren und gleichermaßen profitieren. Migration ist ebenso Teil unserer Gesellschaft wie etwa das Verhältnis der Generationen oder jenes zwischen Armut und Reichtum. Integration ist ein Prozess, an dem alle Seiten gleichermaßen beteiligt sind: Der Appell zur Integration bedeutet daher, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden und darin zukunftsgewandt, offen und solidarisch zu handeln.

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit Migrant/innen in Hessen zukünftig die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten wie die Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?
- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten?

Antwort FDP:

Ziel liberaler Integrationspolitik ist es, Zuwanderinnen und Zuwanderern gleiche Bildungs- und Berufs-Chancen zu gewähren und sie möglichst umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Die wechselseitige Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, die gegenseitige Anerkennung der kulturellen und religiösen Identität, die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache und die uneingeschränkte Akzeptanz unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sind dabei Voraussetzungen für ein gedeihliches und friedvolles Zusammenleben. Zu diesen Grundwerten gehört auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Zuwanderer/Innen nach unserem Verständnis sind dabei nicht nur diejenigen Migranten/Innen, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen und ihre Nachfahren (Personen mit Migrationshintergrund), sondern auch die (Spät-)Aussiedler/Innen, die zwar nach ihrem Rechtsstatus Deutsche sind, de facto aber wie auch andere Zuwanderer ähnliche Integrationsprobleme haben.

Integration ist eine staatliche und gesellschaftliche Querschnittsaufgabe mit Schwerpunkten im Bereich der Bildung und Arbeit, aber auch auf dem Wohnungsmarkt. Doch auch der ehrenamtliche Bereich soll und wird auch zukünftig eine wichtige Rolle bei der Integration spielen. Es ist eine Form der Beteiligung bzw. Partizipation, die den Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte Verantwortungsübernahme und Gestaltungsmöglichkeit bietet. Menschen aus unterschiedlichen beruflichen, sozialen oder auch kulturellen Kreisen werden im Ehrenamt aufgrund gemeinsamer Interessen zusammengeführt. Dies fördert die gesamtgesellschaftliche Integration sowie den Erfahrungsaustausch und die Kompetenzerweiterung aller Beteiligten. Weiterhin wird aber auch Solidarität unter den Menschen und Lebensqualität in der Gemeinschaft gestärkt. Daher begrüßen wir das breite ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen und wollen dazu weiter ermuntern.

Frage 10 b:

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl beantragen, gebührt ein besonderer gesellschaftlicher und politischer Schutz. Die Reife und Güte unserer Gesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, wie wir mit Menschen umgehen, denen eine persönliche Unversehrtheit vorenthalten wird. Das neue Aufenthaltsgesetz wurde geändert, um Kettenduldungen von AsylbewerberInnen abzuschaffen. Die permanente Existenzunsicherheit dieser Personen sollte verbessert und Integrationsmöglichkeiten geschaffen werden. In der Praxis zeigt sich jedoch: Weiterhin werden durch Abschiebungen Familien getrennt,

Kinder, hier geboren und aufgewachsen, aus ihrem Lebensumfeld verbannt und kranke Menschen aus therapeutischen Behandlungen gerissen.

Jugendliche beim Eintritt in die Volljährigkeit sind bedroht, da sie aus dem Asylverfahren der Eltern herausfallen. Auch durch die Bleiberechtsregelung wird nur ein Teil der Geduldeten einen Aufenthalt bekommen, am grundsätzlichen Problem der Kettenduldungen ändert sich nichts. Eine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, kann die Härtefallkommission darstellen. Hessen hat zwar die Möglichkeit genutzt, eine solche einzurichten, im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern wurden in die Kommission jedoch keine Fachleute aus Wohlfahrtsverbänden oder Flüchtlingsorganisationen berufen.

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen,

- a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierter Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dass insbesondere Minderjährige und kranke Menschen nicht abgeschoben werden und Familientrennungen künftig verhindert werden?
- b. dass die Härtefallkommission in Hessen mit Fachleuten aus dem Flüchtlingsbereich besetzt wird?
- c. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere im Bereich der beruflichen Ausbildung Jugendlicher?

Antwort der FDP:

Zu a) Die FDP setzt sich dafür ein, langjährig geduldeten Ausländern dann einen sicheren Rechtsstatus (Aufenthaltserlaubnis) zu gewähren, wenn sie integrationswillig sind und ihr Aufenthalt auch in Zukunft „überwiegend“ durch legale Erwerbsarbeit gesichert erscheint oder zumindest ein „ernsthaftes Bemühen“ um eine Arbeitsaufnahme erkennbar ist. Mehr als 600.000 Menschen leben in Deutschland, in Hessen mindestens 60.000, darunter auch zahlreiche Kinder und Jugendliche, teilweise seit vielen Jahren ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung. Ungeachtet ihrer Pflicht zur Ausreise hat sich ein Teil von ihnen bereits durch Schule und Beruf in unsere Gesellschaft integriert. Diese Situation kann in einem Rechtsstaat auf Dauer nicht hingenommen werden. Es ist höchste Zeit, dass sich der Gesetzgeber mit der Lage dieser Statuslosen aus zwingenden volkswirtschaftlichen, sozial-, gesundheits- und sicherheitspolitischen, aber auch aus humanitären Gründen befasst. Wir setzen uns dafür ein, klare Kriterien zu definieren, nach denen in Einzelfällen ein Aufenthaltsrecht (Bleiberechtsregelung) erteilt werden kann.

Zu b) Die FDP hat die Entscheidung initiiert und begrüßt nach wie vor die Regelung, wonach die Mitglieder des PTA auch Mitglieder der Härtefallkommission wurden. Eine Kommission mit Vertretern von Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsorganisationen hätte neue Bürokratie, erneute Abstimmungsprobleme und die Einrichtung einer Geschäftsstelle nach sich gezogen. Ferner fehlt einer Härtefallkommission aus Vertretern von Non-Government-Organisationen die demokratische Legitimation. Des Weiteren ist auch nicht zu erkennen, wo diese mehr Expertenwissen aufwiesen, als Abgeordnete des Hessischen Landtags, die sich schon seit jeher im Rahmen des Petitionsverfahrens mit humanitären Fragen beschäftigen.

Zu c) Wer sich legal in Deutschland aufhält, muss für die Dauer seines Aufenthaltes auch arbeiten und selbst zu seinem Lebensunterhalt beitragen dürfen. Asylbewerber und Flüchtlinge sollen nach Möglichkeit die Gelegenheit zur Ausübung einer Beschäftigung erhalten. Dazu gehört auch die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Viele Unternehmen finden keine einheimischen oder EU-Arbeitskräfte für die angebotenen Stellen. Wenn sie Flüchtlinge einstellen, müssen sie damit rechnen, dass diese Beschäftigungsverhältnisse jederzeit beendet werden, weil die Duldung ausläuft oder die Aufenthaltsgenehmigung schleppend ausgestellt oder nur wenige Tage vor Ablauf verlängert wird. Der erzwungene Verzicht auf motivierte Fachkräfte wirkt sich nachteilig für die wirtschaftliche Situation der Betriebe aus und für den Staat durch entgehende Einnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Posch